

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Thomas Gehring

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Matthias Fischbach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zunächst rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Zusagen einhalten - Erwachsenenbildung deutlich stärken (Drs. 18/529)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Frau Dr. Simone Strohmayer. – Ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin, wie sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen, seit vielen Jahren im Vorstand einer Volkshochschule und kann Ihnen sagen: Es wäre ein großer Fehler, die Zusagen, die wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben, nicht einzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Erwachsenenbildung steht vor großen Herausforderungen. Wir alle wissen: Mit Digitalisierung und Globalisierung stehen gerade große Veränderungsprozesse an. Die Welt verändert sich einfach rasant. Gleichzeitig werden wir immer älter. Um am Ball zu bleiben, muss jeder von uns lebenslang lernen. Wir müssen schauen, dass wir im digitalen Bereich fit bleiben. Wir müssen Sprachen erlernen. All das wird immer wichtiger.

Hinzu kommt, dass Menschen zu uns kommen, die integriert werden sollen, die also Deutsch lernen müssen, die manchmal vielleicht gar nicht lesen und schreiben können. Allein in den letzten sieben Jahren hat sich die Anzahl der Menschen, die an Alphabetisierungskursen bei der VHS Bayern teilgenommen haben, verzehnfacht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist das gut oder schlecht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Aufgabe und die Wichtigkeit der Erwachsenenbildung hat also in den letzten Jahren eher zugenommen als abgenommen. Aus diesem Grund haben wir in der letzten Legislaturperiode eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat gemeinsam mit den Vertretern der Erwachsenenbildungsträger ein neues Gesetz erarbeitet und Vorstellungen für Haushaltsansätze in einem gemeinsamen Entschließungsantrag formuliert. Das war wichtig und richtig. Für die SPD war damals Kathi Petersen in dieser Arbeitsgruppe. Ihr gehört unser Dank, ebenso wie natürlich auch den anderen Mitgliedern – die Ute war da sehr aktiv –, die dort mitgearbeitet haben. Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen: Das neue EbFöG ist ein gutes Gesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ohne die entsprechenden Haushaltsmittel kann dieses Gesetz nicht umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich habe es bereits gesagt: In der letzten Legislaturperiode gab es einen Entschließungsantrag, der von allen Fraktionen gemeinsam getragen und verabschiedet wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag hat auch seine Berechtigung. Denn die Erwachsenenbildung in Bayern wurde staatlich bisher eher mager unterstützt.

Ich kann Ihnen ein Beispiel sagen: In Bayern wird pro Einwohner bisher ungefähr 1,18 Euro ausgegeben. Nur mal zum Vergleich: In Berlin

(Zuruf: Oh Gott!)

werden fast 5 Euro ausgegeben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Davon 3 Euro von uns! – Klaus Adelt (SPD):

(Beitrag nicht autorisiert) So viel Geld habt's ihr im Allgäu gar nicht!)

Im Länderranking befand sich Bayern damit eher auf den hinteren Plätzen. Deswegen ist es so wichtig, dass der Haushaltsansatz in der Erwachsenenbildung endlich ange-

hoben wird. Hierbei war im Entschließungsantrag vorgesehen, dass im Doppelhaushalt 2019/20 die institutionelle Förderung, die besonders wichtig ist, in zwei Stufen um 9 Millionen Euro angehoben wird, 2019 um 4 Millionen und 2020 um 5 Millionen. Es war auch eine zusätzliche Projektförderung vorgesehen.

Leider bleibt der jetzt vorgelegte Haushalt weit, weit hinter diesem Beschluss zurück. Ich habe ein Anschreiben von den Erwachsenenbildungsträgern erhalten, in dem es heißt: "Mit Entsetzen nehmen wir wahr, dass im vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts für die institutionelle Förderung der Erwachsenenbildung im Jahr 2019 nur ein Zuwachs von 3,7 Millionen und" – was noch viel schlimmer ist – "für 2020 gar nur 0,5 Millionen Euro ausgewiesen wurden." Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann die Enttäuschung der Erwachsenenbildungsträger wirklich nachvollziehen. Ich persönlich verstehe es auch nicht, dass bei einem Haushalt dieser Größenordnung – wir haben heute darüber geredet – ausgerechnet bei der Erwachsenenbildung gespart werden soll, obwohl es dabei um relativ kleine Beträge geht. Gerade die Erwachsenenbildung schiebt seit Jahren einen riesigen Nachholbedarf vor sich her. Sie steht vor großen Herausforderungen. Die Referenten müssen immer wieder finanziell getröstet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie, auf was wir uns noch verlassen sollen, wenn gemeinsam getroffene Entscheidungen auf einmal nicht mehr zählen. Ich kann Sie nur auffordern: Geben Sie sich einen Ruck. Heute wäre eine gute Gelegenheit, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Dr. Strohmayer. Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde es relativ kurz machen. In der letzten Legislaturperiode habe ich die interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet, und nach drei Jahren gemein-

samer intensiver Arbeit haben wir ein, wie ich meine, hervorragendes Gesetz auf den Weg gebracht und parallel dazu auch noch einen Entschließungsantrag verabschiedet, der einmalig in der Geschichte dieses Hohen Hauses war. Dieser Entschließungsantrag ist nämlich mit einer Summe hinterlegt. Die Einzelheiten dazu brauche ich nicht zu sagen, das hat Frau Strohmayer schon übernommen.

Wir haben diese Arbeit mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur Erwachsenenbildung als fünfter Säule des Bildungswesens abgeschlossen – und zwar gemeinsam, das gesamte Plenum. Der Entschließungsantrag ist einstimmig verabschiedet worden, und dieser Antrag ist für uns nach wie vor verpflichtend.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag nachvollziehbar, aber er ist abzulehnen, denn für mich ist der Entschließungsantrag ausschlaggebend. Frau Strohmayer, wir haben darüber gesprochen. Ich glaube, ich brauche es nicht weiter zu erläutern. Jetzt gilt es, die gemeinsame Arbeit, die wir in den letzten drei Jahren parteiübergreifend an den Tag gelegt haben, im Haushaltsausschuss fortzusetzen und uns auf den Haushaltsentwurf und die Änderungen am Haushaltsentwurf zu konzentrieren, um mit der Energie, die wir bisher an den Tag gelegt haben, genau das zu erreichen, was wir wollen. Wir wollen bei der Erwachsenenbildung den Aufwuchs, der für die Erwachsenenbildung in Bayern nötig ist und der für mich überhaupt nicht zur Diskussion steht.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Eiling-Hütig. Als Nächstes erteile ich Herrn Vizepräsident Thomas Gehring das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 11. Juli vergangenen Jahres war ein langer Debattentag. Wir haben lange bis in die Abendstunden hinein hier debattiert. Bei dieser Debatte gab es einen interessanten Beitrag und ein denkwürdiges Ereignis. Interessant war eine Rede von Ministerpräsi-

dent Söder, der damals kurz vor der Landtagswahl angesichts der Umfrageergebnisse begonnen hat, sich neu zu erfinden. Er sprach vom Stil, von der Demokratie und von dem Wert des Umgangs der Demokraten miteinander. Er lobte die direkte Demokratie und gelobte, sich an Ergebnisse von Volksentscheiden zu halten, und er sprach von der Ernsthaftigkeit des Parlaments. Er hat damals gesagt, wir sollten unsere Demokratie in Bayern ernst nehmen. An diesen Worten ist er zu messen, und an diesen Worten ist die Staatsregierung auch heute zu messen.

Gleichzeitig geschah an diesem Abend etwas Denkwürdiges. Wir haben gemeinsam ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz beschlossen, das ein Gesetz aus dem Jahr 1974 in seiner Intention weitergeführt, aber modernisiert hat. In diesem Gesetz geht es um Freiheitlichkeit, Offenheit, Pluralität und Subsidiarität in der Erwachsenenbildung. Und wir haben dieses Gesetz noch um die Themen Digitalisierung, Migration, Integration und politische Bildung, die heute notwendig sind, ergänzt. Uns war ein niederschwelliger Zugang zur Erwachsenenbildung wichtig und dass sie allen Menschen, egal welcher Herkunft, welcher Nation und welchen Bildungsstandards offen steht. Das war ein ganz wichtiges Ziel, das wir gemeinsam beschlossen haben.

Über dieses Gesetz bestand hier im Landtag großer Konsens. Es bestand ein großer Konsens mit den Trägern und Akteuren der Zivilgesellschaft. Wir haben lange Gespräche geführt. Es war ein wichtiger Schritt, dass wir diesen Weg gemeinsam gegangen sind und ihn auch erfolgreich abgeschlossen haben.

Am 11. Juli 2018 gab es auch den interfraktionellen Entschließungsantrag, der schon angesprochen worden ist, mit dem wir uns auch über die Finanzierung verständigt haben. In diesem einstimmig beschlossenen Antrag heißt es, dass die staatliche Förderung der Erwachsenenbildung in Bayern im Vergleich zu den anderen Ländern verbesserungsbedürftig ist. Ja, das stimmt nach wie vor. Wir haben damals gesagt, dass wir die Mittel erhöhen müssen. Wir haben, was für einen Entschließungsantrag ungewöhnlich ist – aber es geschah im Einvernehmen des gesamten Parlaments –, gesagt,

wie wir diese Mittel erhöhen wollen, nämlich 2019 um vier Millionen und 2020 um weitere fünf Millionen. 2021 und 2022 sollen weitere Erhöhungen folgen.

Demokratie ernst zu nehmen bedeutet, dass die Regierung die Beschlüsse des Parlaments sehr ernst nimmt. Das bedeutet auch, dass die Exekutive das ausführt, was die Legislative beschließt. So dachte ich. Ich bin zwar ein skeptischer Mensch, manchmal auch misstrauisch, aber ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass der Haushaltsentwurf so vorliegt, wie er uns heute präsentiert worden ist. Ich hätte nicht gedacht, dass diese Mittel nicht vorhanden sind. Ich hätte erwartet, dass sie ausgewiesen werden. Ich muss mich auch fragen – wir sind jetzt auf dem Spielfeld der Staatsregierung –, wo unser Kultusminister war, der auch Mitglied dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe war. Hat er da nicht aufgepasst? Hat er nicht gesehen, was los ist? Konnte er sich nicht durchsetzen? – Eigentlich ist das ziemlich enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten in dieser Arbeitsgruppe viel Zuspruch von außen, zwar nicht für uns persönlich, aber für die Fähigkeit eines Parlaments, fraktionsübergreifend wichtige Beschlüsse zu fassen und auch Vertrauen in die Nachhaltigkeit dieser Beschlüsse zu bilden. Dafür sind wir, der Bayerische Landtag, von den Trägern der Erwachsenenbildung und von der Zivilgesellschaft hoch anerkannt worden. Es kann nicht sein, dass eine Staatsregierung diese Anerkennung nicht ernst nimmt und damit unser Ansehen in der Öffentlichkeit desavouiert, weil im Haushaltsplan nichts dazu steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb gilt es jetzt, darauf zu achten, dass diese Mittel tatsächlich ausgewiesen werden – wie gesagt, 4 Millionen für 2019 und weitere 5 Millionen für 2020. Es ist gut, dass wir diese Debatte führen, aber es geht nicht darum, diesen interfraktionellen Antrag noch einmal herauszustellen und zu bekräftigen. Der steht für das, wofür er steht, für einen Beschluss des Bayerischen Landtags, und er ist nach wie vor verbindlich.

Jetzt geht es darum, diesen Beschluss zu vollziehen. Wir werden einen Haushaltsantrag stellen – wir haben ihn heute in der Fraktion beschlossen –, diese Mittel im Einzelplan 05 einzustellen. Ich kann Sie nur auffordern, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Zellmeier hat davon gesprochen, dass man möglicherweise im Nachtrag eine Lösung findet. Das kann es nicht sein. Den Haushalt beschließt dieser Landtag. Wir müssen die Kraft haben, die entsprechenden Mittel einzustellen. Ich fordere alle Fraktionen auf: Unterstützen Sie jeweils in Ihrer Fraktion die Mitglieder dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe. Sie haben es verdient. Es geht um das Ansehen des gesamten Landtags. Wir, der Landtag, haben jetzt wieder das Heft in der Hand. Wir müssen diesen Beschluss fassen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir stellen auch gern interfraktionell einen Antrag, aber diese Mittel müssen bereitgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Gehring. Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, Sie haben gerade selber die Begründung geliefert, warum man diesen Antrag ablehnen muss. Sie haben gesagt, dass Sie einen Haushaltsantrag gestellt haben. Genau das ist zielführend: ein Haushaltsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch wenn der eine oder andere in Ihrer Fraktion meint, wir hätten Schattenhaushalte oder Nebenhaushalte, muss ich sagen: Nein, es gibt einen Staatshaushalt, und diesen Staatshaushalt beschließen wir nicht heute, sondern wir werden ihn in den nächsten Wochen beraten.

(Zuruf)

– Der wird in den nächsten Wochen beraten. Abgestimmt wird er im Mai. Was im Mai im Doppelhaushalt drinsteht, das ist rechtlich verbindlich. An dieser Stelle sage ich auch ganz deutlich: Was glauben Sie eigentlich? Glauben Sie nicht, dass die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER die Beschlüsse, die das Hohe Haus gefasst hat – wenn auch unter Haushaltsvorbehalt, das muss man der Korrektheit halber sagen –, umsetzen? Woher wissen Sie denn das? – Stellen Sie einen Haushaltsantrag, diskutieren Sie ihn dann, wenn er zu diskutieren ist, und nämlich dann, wenn der entsprechende Einzelplan beraten wird. Dann werden wir sehen, zu welchen Mehrheiten wir kommen und ob das Geld nicht durch einen anderen Antrag bereitgestellt wird. Die Unterstellung aber, dass das Geld nicht kommt, basiert nicht auf einer realen Grundlage.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich kann deshalb nur sagen: Beruhigen Sie sich. Wir haben Haushaltsberatungen. In diesen Haushaltsberatungen werden wir das, was Sie hier vorgebracht haben, zu diskutieren haben. Das ist dann der richtige Ort, das ist die richtige Zeit. Legen Sie aber nicht einen Dringlichkeitsantrag vor, der wieder einmal suggeriert, hier in Bayern gebe es diesen Haushalt und jenen Haushalt, diese Verfügungsmittel, jene Verfügungsmittel. Nein, in den kommenden Wochen werden wir diesen Punkt in den Haushaltsberatungen seriös beraten. Gehen Sie davon aus, dass das Votum des Bayerischen Landtags uns alles andere als egal ist. Wir wissen, was wir beschlossen haben. Sie brauchen uns jetzt nicht mit einem Dringlichkeitsantrag an das zu erinnern, was wir ohnehin schon wissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) So ein Tohuwabohu!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte am Pult, wir haben eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Eine kurze Zwischenfrage dazu: Warum steht es noch nicht im Haushalt? – Ich denke, jede Fraktion kann für sich die entsprechenden parlamentarischen Instrumente wählen. Natürlich haben wir auch die entsprechenden Haushaltsanträge gestellt.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Parlamentarische Anträge und Initiativen kann jede Fraktion selber wählen, da haben Sie recht. Genauso kann aber auch jede Fraktion ihr Abstimmungsverhalten selbst bestimmen.

Herr Kollege Adelt, wenn Sie wieder sagen, das verwirrt Sie. Menschenskinder, wo sehen Sie einmal klar?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist halt die SPD!)

Alles verwirrt Sie: Die Strabs verwirren Sie, die Strebs verwirren Sie, und jetzt verwirrt Sie auch noch die Erwachsenenbildung. Da kann ich einfach nicht helfen, lieber Herr Adelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pohl. – Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Dr. Anne Cyron für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Jeder Euro, der in die Bildung investiert wird, ist eine gute Zukunftsinvestition. Diese Zukunftsinvestition ist umso wichtiger, je mehr Menschen in unser Land kommen, die nicht einmal über rudimentäre Bildungsvoraussetzungen verfügen, um irgendwann in den Arbeitsprozess integriert werden zu können.

(Allgemeine Unruhe)

Nicht jeder hat im Kindesalter die Möglichkeit, an den Bildungsangeboten angemessen partizipieren zu können, sei es aus finanziellen, familiären oder sonstigen Gründen. Oft fehlt im jugendlichen Alter auch die nötige Reife, um den Wert der Bildung zu erkennen und zu schätzen. Aber jeder hat ein Recht auf Bildung und damit ein Recht auf Teilhabe und auf Aus- und Fortbildung, auch im Erwachsenenalter.

Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und des Staates. Sie befähigt den Menschen zum besseren Verständnis gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Vorgänge. Sie ist somit eine Grundvoraussetzung für gelebte Demokratie und den Einsatz auf dem Arbeitsmarkt. Bestehende Ungleichheiten werden ausgeglichen durch die Zugangsmöglichkeiten zum Wissen. Selbstbewusstsein wird gesteigert durch den Ausbau eigener Kompetenzen und die Aneignung neuer Qualifikationen, wenn eine Neuorientierung im Beruf erforderlich wird. Bildung ist auch eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Entwicklung statt Stagnation, das fordert eine Welt von uns, die geprägt ist von globalen und demografischen Veränderungen und Herausforderungen. Die AfD unterstützt den Antrag.

(Allgemeine Unruhe – Zuruf von der AfD: Es ist so laut hier!)

Wir weisen jedoch darauf hin, dass Erwachsenenbildung nicht nur ein Angebot bleiben darf, sondern verpflichtend gemacht werden muss für bildungsferne Schichten, vor allem auch für die Zuwanderer. Es kann nicht sein, dass ein Teil der Bevölkerung sich jedem Bildungsangebot verweigert, um sich auch weiterhin aus den Versorgungstöpfen unserer Sozialsysteme bedienen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Dr. Cyron. – Ich darf Sie insgesamt bitten, sich etwas leiser zu verhalten, aus Respekt vor dem jeweiligen Redner oder der jeweiligen Rednerin. Gemeint sind damit keine Zwischenrufe, sondern es ist ein durchgehender Klangteppich, der durchaus störend ist. Als

nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Permanentes Lernen wird für unsere Gesellschaft wie für alle modernen Gesellschaften immer mehr und mehr zum Erfolgsgeheimnis werden. Wir erleben gerade eine technologische Revolution. Sie betrifft nicht nur, aber insbesondere unser Arbeitsleben und wird dieses rapide verändern. Deshalb begrüßen wir auch grundsätzlich die Entscheidung des letzten Landtags im vergangenen Jahr, kontinuierlich in die Erwachsenenbildung zu investieren. Diesem Reformbedarf müssen wir aber Rechnung tragen.

Herr Kollege Pohl, bei der Lektüre des Haushaltsentwurfs habe ich mich schon sehr gewundert. Wenn man die in einem Antrag von allen Fraktionen, auch von Ihrer Fraktion, angestrebten Zuwendungen nicht vorsieht, dann gibt man damit eine Planungsabsicht zur Kenntnis. Ich finde es mehr als billig, wie Sie hier versuchen, sich herauszureden mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, dass hier noch jemand Änderungsanträge stellt. Das wird aber wahrscheinlich nicht Ihre Regierungsfraktion sein.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das wird in den Haushaltsberatungen gemacht! – Klaus Adelt (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach, hör doch auf!)

– Soll das jetzt heißen, Ihr Haushaltsentwurf ist eine Wundertüte, da kommt am Ende noch etwas anderes heraus? Wollen Sie eigene Änderungsanträge stellen? – Da bin ich aber sehr gespannt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann brauchen Sie nur an den Beratungen teilzunehmen!)

Ehrlich gesagt frage ich mich: Nehmen Sie das Thema Erwachsenenbildung ernst genug? – Wenn wir das Thema ernst nehmen, dann müssen wir doch auch die finanziellen Mittel dafür vorsehen. Abgesehen von der Streitigkeit hier muss man doch wei-

terdenken. Unsere Vision ist die eines permanenten Lernens. Dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft auch einen gewissen Kulturwandel. Wir müssen uns stärker für Innovationen und für neue Bildungsträger öffnen. Es gibt eine riesige Spannweite an neuen Bedürfnissen und Bedarfen, wie man sich in unserer Arbeitswelt fortbilden kann, wie man etwas dazulernen kann. Das geht deutlich über normale Sprachkenntnisse hinaus. Deswegen brauchen wir in diesem Feld eine stärkere Pluralität. Lassen Sie uns deshalb die Hürden für neue Träger weiter senken. Dazu sind mit dem letzten Gesetz erste Schritte gemacht worden. Ich würde aber sagen, da können wir weiter gehen. Wir müssen den Markt der Bildungsträger noch weiter beleben. Wir können das beschlossene Gesetz dahin gehend in den nächsten Monaten und Jahren noch evaluieren.

Das ist aber nur ein Teil der Erwachsenenbildung. Wir, die Freien Demokraten, wollen noch einen Schritt weiter gehen. Menschen im Berufsleben müssen mehr Möglichkeiten bekommen, sich fortzubilden. Das heißt, über die betriebliche Fortbildung hinaus sollte man ihnen ermöglichen, beispielsweise über ein Bildungssparen mit Freiraumkonten, mit Möglichkeiten wie einem Midlife-BAföG, das wir auf Bundesebene schon vorgeschlagen haben, in der Arbeitswelt eine Auszeit zu nehmen, um sich fortzubilden. Das lebenslange Lernen darf keine Worthülse bleiben, sondern man muss es konkret mit Leben erfüllen. Heute aber geht es darum, die Hausaufgaben von gestern zu erledigen. Wir sagen: So kann es nicht weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion. Die Zusagen sind einzuhalten. Heute können wir anfangen, einen ersten Schritt in Richtung einer neuen Erwachsenenbildung zu machen, die den Namen einer tragenden Säule unseres Bildungssystems verdient. Dann aber sind noch weitere Schritte nötig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Fischbach. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/529, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie eine Stimme aus der AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Dann gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Antrags der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler und andere und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Günstigere Verbundtickets in allen Landesteilen" auf Drucksache 18/152 bekannt. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)